

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 447

Einwohnerratssitzung vom Montag, 23. November 2015, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	37/38 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Patrick Ritschard, Martina Häring (ab 20.50 Uhr abwesend) Gemeinderat: -
Vorsitz	Dominique Häring, Präsidentin
Protokoll	Katarina Hammann
Weibeldienst	Martin Suter

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1. Dringliche Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Petra Ramseier, betreffend „Planschbecken oder Wasserspiel im Jörinpark?“ 2970
2. Interpellation der Fraktion FDP-Mitte, Stephan Bregy, betreffend „Sichere und saubere Fröschi-Unterführung: wie weiter?“ 2961
3. Totalrevision Feuerwehrrglement – 2. Lesung 2958
4. Bericht und Antrag der Spezialkommission zum Geschäft „Teilrevision des Parkierungsreglements“
Teilrevision Parkierungsreglement – 1. Lesung 2912
5. Motion der Fraktion FDP-Mitte, Andreas Seiler, betreffend „Gemeindeversand zu Wahlen und Abstimmungen“ 2963
6. Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Salina Raurica“ es harzt im Filetstück des Kantons Baselland 2968
7. Betriebsverein Spitex Pratteln – Augst – Giebenach: Neuer Finanzvertrag 2960
8. Sondervorlage Weiterführung Spiel- und Lernprogramm schritt:weise 2954
9. Aufhebung des Reglements über den Häringfonds 2967
10. Sondervorlage Strassennetzplan Pratteln Nord 2966
11. Fragestunde (nach der Pause)

Begrüssung durch Dominique Häring, Präsidentin

Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter und liebe Gäste. Hiermit eröffne ich die 447. Sitzung. Ich bitte darauf zu achten, damit auch die hinteren Reihen akustisch alles verstehen und die Voten auf der Tonbandaufnahme gut zu hören sind, dass deutlich ins Mikrofon geredet wird.

Präsenz

Es sind zurzeit 39 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

Mitteilungen

Am 31. August 2015 hat der Einwohnerrat die Änderungen des § 4 Abs. 1 des **Behördenreglements** und des § 17 des **Bevölkerungsschutzreglements** beschlossen. Dabei wurde neu die Entschädigung des Gemeindeführungsstabs bei Ernstfalleinsätzen im Behördenreglement eingeführt. Das Bevölkerungsschutzreglement verweist darauf. Die Änderungen treten per 1. Januar 2016 in Kraft.

Am 28. September 2015 hat der Einwohnerrat die Änderungen des **Verwaltungs- und Organisationsreglements** beschlossen. Nebst der Streichung der Informatikkommission als ständige beratende Kommission (§ 8 Abs. 1) wurde das Bussenanerkennungsverfahren (§ 13) an die Änderung des Gemeindegesetzes angepasst. Die Änderungen treten per 1. Januar 2016 in Kraft.

Folgende **Abstimmungstermine** wurden vom Gemeinderat auf den 10. April 2016 festgelegt:

- Über den Einwohnerratsbeschluss vom 18. März 2013 betreffend Sondervorlage „Bewilligung eines Kredites von CHF 300'000 für die weitere Planung Neubau Gemeindeverwaltung, Bahnhofstrasse, Parzelle 4042“ (Geschäft Nr. 2824, infolge gutgeheissener Beschwerde zur Abstimmung vom 9. Juni 2013).
- Über den Einwohnerratsbeschluss vom 29. Juni 2015 betreffend Sondervorlage „Delegation der Kompetenz zur Schaffung/Aufhebung von Stellen an den Gemeinderat: Teilrevision Gemeindeordnung“ (Geschäft Nr. 2934).
- Über die nichtformulierte Volksinitiative „Sichere und saubere Fröschi-Unterführung“ (Geschäft Nr. 2946).
- Über den Einwohnerratsbeschluss vom 26. Oktober 2015 betreffend "Sondervorlage Baukredit von CHF 3'260'000 für die Sanierung und den Umbau des Schlossschulhauses" (Geschäft Nr. 2935).
- Über den Einwohnerratsbeschluss vom 26. Oktober 2015 betreffend "Sondervorlage Baukredit von CHF 4'595'000 für die Sanierung und den Umbau des Burggartenschulhauses" (Geschäft Nr. 2936).

Neue parlamentarische Vorstösse

- Dringliche Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Petra Ramseier, betreffend „Planschbecken oder Wasserspiel im Jörinpark?“ vom 16. November 2015

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Dominique Häring: Es liegt die dringliche Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Petra Ramseier, betreffend „Planschbecken oder Wasserspiel im Jörinpark?“ vom 16. November 2015 vor. Für die Dringlichkeit ist eine 2/3-Mehrheit notwendig.

Petra Ramseier (Interpellantin): Gerne möchte ich noch erklären, wieso ich das Geschäft als dringlich ansehe. Es ist eigentlich ein angenehmes Geschäft; es bedeutet, dass beim Jörinpark etwas gemacht wird. Wir alle wissen, dass dies schon lange nötig ist. Ich habe aber erfahren, dass noch in diesem Jahr etwas gemacht werden soll, bis jetzt ist jedoch noch nichts öffentlich bekannt. Unklarheiten bestehen auch, da im Budget unterdessen „Wasserspiel“ anstatt „Planschbecken“ steht. Wird tatsächlich bereits in diesem Jahr gebaut, müssten wir jetzt von der Gemeinde entsprechend informiert werden, ansonsten die ganzen Familienvereine Sturm laufen werden, weil niemand weiss, was los ist. Deshalb bitte ich den Rat der Dringlichkeit zuzustimmen, damit wir vom Gemeinderat hören, was geplant wird.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen es folgt die Abstimmung zur Dringlichkeit

2970 Dringliche Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Petra Ramseier, betreffend „Planschbecken oder Wasserspiel im Jörinpark?“ vom 16. November 2015

://: Der Rat stimmt mit 29 Ja zu 7 Nein bei 3 Enthaltungen der Dringlichkeit der Interpellationen zu (die Zweidrittelmehrheit beträgt 26).

Es gibt keine weiteren Bemerkungen zum zugestellten Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem bereinigten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2970

Dringliche Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Petra Ramseier, betreffend „Planschbecken oder Wasserspiel im Jörinpark?“

GR Stefan Löw: Ich schicke voraus, dass der Gemeinderat zu diesem Geschäft noch keinen Beschluss gefasst hat, die Angelegenheit jedoch in Bearbeitung ist. Zur dringlichen Interpellation von Petra Ramseier: Frage 1: Was ist unter der Bezeichnung „Wasserspiel“ geplant? Kann der Gemeinderat garantieren, dass es weiterhin eine Bademöglichkeit für Kleinkinder geben wird? Das geplante Wasserspiel ist eine attraktive Möglichkeit, das heutige den hygienischen Anforderungen nicht genügende Planschbecken zu ersetzen. Ein Grund dafür ist, dass beim Wasserablassen noch Restwasser im Becken enthalten ist. Es sind zum Beispiel verschiedene Düsen mit Wasserspielen geplant wie z.B. senkrechte Wasserfontänen, ein Wassertunnel, eine Wasserwelle, eine Wasser Spinne, ein Ballfänger und ein Wasserkelch. Zur Erhöhung der Spielfaktoren können die Attraktionen einzeln oder in Gruppen gesteuert werden. Eine effektive Bademöglichkeit wie bisher wird es damit nicht mehr geben. Dazu eignet sich ein Besuch in unserer schönen Schwimmbadanlage in den Sandgruben, wo die notwendige Wasserqualität garantiert werden kann. Frage 2: In Basel werden die Planschbecken in den Parks jeweils am Morgen gefüllt und am Abend abgelassen und geputzt. So kann die Wasserqualität anscheinend gehalten werden. Wurde dieses Vorgehen auch in Pratteln geprüft? In Pratteln ist ebenfalls das Becken täglich geleert worden. Im Sommer 2015 und 2014 sogar 2 x pro Tag. Die Vermutung liegt nahe, dass noch Restwasser übrig geblieben ist. Die notwendige Wasserqualität konnte nach der Überprüfung durch das kantonale Labor aber nicht erreicht werden. Gefährliche Keime wie Pseudomonas aeruginosa und escherischia coli sind wiederholt festgestellt worden. Verschiedene intensive Gespräche mit dem Kantonschemiker haben stattgefunden. Die Schliessung des Wasserbeckens im Joerinpark aus gesundheitlichen Gründen wurde auch vom Kantonsarzt dringend gefordert, weshalb eine nächste Saison nicht verantwortet werden kann.

Frage 3: Was sind die technischen Gründe, falls es nicht möglich ist, die Bademöglichkeit zu erhalten? Es wäre eine technisch sehr aufwändige Wasseraufbereitung, analog der Schwimmbadanlage Sandgrube, zu erstellen mit der Installation einer automatisch dosierten Chloranlage. Ebenfalls wäre eine völlig neue Durchströmung notwendig. Diese Anlage würde aufwändige Kontrollen und Wartung, sowie regelmässige Messungen der Chlorwerte durch einen Bademeister und eine kostspielige bauliche Massnahme zur Folge haben. Frage 4: Bei einem Wasserspiel mit Düsen fliesst immer frisches Wasser, das sich nicht erwärmen kann. Gibt es Erfahrungen, dass Kleinkinder sich davon abschrecken lassen und nicht gleich gerne darin baden, wie in einem aufgewärmten Bassin? Durch das 2 x tägliche Wasserlassen des Beckens hatte es auch bislang eher kühle Wassertemperaturen. Die Düsen des geplanten Wasserspiels werden mit kälterem aber dafür garantiert reinem Frischwasser versorgt. Da die Kinder jedoch in ständiger Bewegung sind und sich den Düsen auch entziehen können, erwärmen sich die Kinder beim Spielen. Ich denke, das vielseitige und interessante Wasserspiel wird für Kinder ein grosses Erlebnis verbunden mit viel Spass sein und vermutlich stimmt mir der Gemeinderat zu, dass damit die Attraktivität gegeben sein wird. Auch ist die Anlage für Kleinkinder benutzbar und die Gefahr des Ertrinkens nicht mehr gegeben.

://: Der Rat stimmt einer Diskussion zu.

Petra Ramseier: Ich danke GR Stefan Löw für die Beantwortung der Fragen und habe auch das Gefühl, dass dies eine gute Sache wird. Wir waren unsicher, wegen der engen Termine die im Raum stehen. Trifft es zu, dass noch dieses Jahr gebaut wird oder ist dies erst für nächstes Jahr vorgesehen? Hat man die Eltern-Kind-Vereinigungen, die in Pratteln sehr aktiv und engagiert tätig sind, auch in die Planung und Abklärung der Bedürfnisse miteinbezogen oder wurde mit einem auswärtigen Planer zusammengearbeitet?

GR Stefan Löw: Sofern der Gemeinderat dem zustimmt, ja, dann ist geplant, die Anlage in der Zeit, wo diese nicht benützt wird, zu bauen. Selbstverständlich muss die Witterung auch entsprechend gegeben sein. Geplant ist, dass die Anlage bei Saisonbeginn betriebsfähig ist. Die Bedürfnisse wurden im letzten Sommer mit einer Umfrage im Jörinpark abgeklärt, dies jedoch nicht in einem sehr grossen Umfang.

Die dringliche Interpellation Nr. 2970 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2961

Interpellation der Fraktion FDP-Mitte, Stephan Bregy, betreffend „Sichere und saubere Fröschi-Unterführung: wie weiter?“

Aktenhinweis

- Interpellation der Fraktion der FDP-Mitte, Stephan Bregy, betreffend „Sichere und saubere Fröschi-Unterführung: wie weiter?“ vom 22. September 2015

GR Stefan Löw: Die Frage a und b werde ich zusammen beantworten.

Zu Frage a: Die Ratslinke führt immer wieder an, wie viele gehbehinderte Menschen zurzeit die o.g. Fröschi-Unterführung nicht benützen können. Zwecks Versachlichung der Debatte: ist es möglich die Anzahl der betroffenen Rollstuhlgänger bzw. gehbehinderten Menschen im Einzugsgebiet/Quartier Mezen zu quantifizieren? Redet man von einer Handvoll möglich betroffener Personen oder von einer Vielzahl? und Frage b: Gibt es Angaben wie viele Personen heute Werkstags die Unterführung benützen? •Schüler mit Velo zu den umliegenden Schulhäusern •Benützer des kantonalen Velowegs •Familien mit Kinderwagen oder Velo mit Anhängern und Falls nicht, kann eine solche Bestandsaufnahme sicherlich mit einfachen Mitteln stichprobenweise durchgeführt werden: „einige Zahlen sind besser als gar keine“. Es sind keine Zahlen erhoben. Gemäss dem im Jahr 2013 ausgearbeiteten Langsam-Verkehrskonzept der Gemeinde (Metron) ist diese Unterführung eine wichtige Nord-Süd Verbindung und sichere Alternative für eine Langsamverkehrsrouten zur Oberemattstrasse und von hoher Bedeutung. Die Unterführung ist nicht nur Schulweg zum Fröschmatt-Schulhaus und zu den Sportanlagen, sondern wird auch zukünftig an Wichtigkeit für den Fuss- und Veloverkehr ins Gebiet Längi und ins Entwicklungsgebiet Salina Raurica gewinnen. Es ist dabei selbstverständlich, dass ein Ausbauprojekt allen möglichen Benützern dienen muss. Eine Zahlenerhebung mit heutigen Frequenzen ist zwar statistisch möglich, jedoch wegen der raumplanerischen Entwicklung nicht sachdienlich. Frage c: Würde der GR mit einer Zunahme der Benutzungsfrequenz nach einem allfälligen Ausbau der Unterführung rechnen? Eine attraktive Unterführung der SBB-Linie führt in der Regel auch zu einer Erhöhung der Benutzungsfrequenzen. Vor allem ist jedoch die Entwicklung Salina-Raurica und auch das Wachstum der Nachbargemeinde Augst (Rheinlehne) zu berücksichtigen, welche die Wichtigkeit dieser Unterführung nochmals erhöht. Frage d: Gäbe es die Möglichkeit, die Unterführung Gallenweg für Velofahrer sicherer zu gestalten und/oder könnte die kantonale Veloroute in den Gallenweg verlegt werden? Durch die Unterführung Gallenweg wird zukünftig

tig die Tramlinie Richtung Grüssen und Salina Raurica geführt. Ebenfalls wird in diesem Zusammenhang der Langsamverkehr entflochten. Auch diese Nord-Süd Verbindung ist nebst weiteren Unterführungen wichtig. Die Führung der kantonalen Radroute durch den Gallenweg ergibt jedoch aus heutiger Sicht aufgrund der Anschlüsse und des Radrouthenetzes wenig Sinn. Frage e: *Kann man grob überschlagen, was eine „Variante Lifteinbau auf der Nord-Seite“ (z. Bsp. analog der Lifthanlage, welche in der Bahnhofsüberführung in Kaiseraugst erstellt wurde) kosten würde?* Gerade diese Frage kann seriös im Rahmen der Projektierung geklärt werden. Nicht ständig kontrollierte Liftbauten sind aber sehr anfällig auf Störungen und Vandalismus. Frage f: *Was würde eine einfache Sanierung, als sogenannte Minimalvariante welche die Sauberkeit und Sicherheit verbessert (d.h. ohne Lifteinbau, Landerwerb, massivem Umbau) kosten?* Eine einfache Pinselsanierung mit Verbesserung der Beleuchtung ist erfolgt. Die Sauberkeit wird stetig überprüft.

://: Der Rat stimmt einer Diskussion zu.

Stefan Bregy: Vielen Dank GR Stefan Löw für die Beantwortung der Fragen. Ende August wurde infolge Entscheids des Rates und durch Stichentscheid der Präsidentin der nichtformulierten Volksinitiative nicht Folge geleistet (Geschäft Nr. 2946). Die Vorstösse in der Vergangenheit sowie die über 700 eingereichten Unterschriften bestätigen ein Unwohlsein gegenüber der heutigen Situation. Leider hat der Entscheid zur Folge, dass nun zwischen einer Maximal-Variante mit zwingenden Bestimmungen oder gar kein Ausbau abgestimmt werden soll ohne einen limitierten Freiraum bei einer möglichen Planung. Auch sind CHF 135'000 viel Geld. Gibt es noch andere Optionen oder gibt es Möglichkeiten andere Optionen zu ermitteln oder einen Gegenvorschlag zu unterbreiten, der kostengünstiger ist aber trotzdem den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht? Kennen wir die Bedürfnisse der Anwohner? Gibt es Zahlen der tangierten Bevölkerung? Ich bin enttäuscht, dass man nicht mit kleinen Mitteln eine Erhebung machen kann. Zum Beispiel könnte ein Lehrling die Erhebung machen. Zwar wäre sie nicht einwandfrei, aber dann hätten wir wenigstens Zahlenmaterial wieviel Menschen mit Rollatoren oder Velofahrer die Unterführung passieren. Für eine Variante Lifteinbau; ein Telefon an die Nachbargemeinde würde genügen, um die Kosten oder mögliche Probleme zu erfahren. Es geht nicht um eine um Rappen genaue Kostenermittlung, sondern nur um eine ungefähre Grössenordnung, damit wir uns im Plenum eine Meinung bilden können, ob es andere Varianten gibt, als es der Vorschlag der Ratslinken ist. In Anbetracht der Antworten höre ich heraus, dass mit der zu erwarteten Erhöhung der Benutzerzahlen durch den Ausbau Salina Raurica der Gemeinderat die nichtformulierte Initiative unterstützt?

Kurt Lanz: Wenn jetzt eine Erhebung gemacht wird, wie viele Personen mit Rollatoren die Unterführung benutzen, dann müssen wir keine Querung für Langsamverkehr sanieren, weil zu viele Personen durchgehen, sondern weil jetzt schlichtweg niemand durchgehen kann. Das gleiche gilt bei einer Erhebung wie viele Personen mit Kinderwagen durchgehen, da es momentan schwierig ist mit Kinderwagen dort durchzugehen. Die Erhebung können wir uns deshalb sparen, egal wer sie macht. Denn genau für diesen Personenkreis möchten wir diese Querung haben. Die Sondervorlage des Gemeinderates wäre dazu da gewesen, die offenen Fragen und Kosten zu klären. Da es eine Langsamverkehrs-Querung ist, brauchen genau diese Personenkreise mit Rollstuhl, Rollator oder mit Kinderwagen eine Möglichkeit zur Querung an dieser Stelle und damit auch kürzere Wege. Ich erinnere mich, dass Gert Ruder sogar gesagt hat, dass damit wir die Kosten in den Griff bekommen ein möglicher Liftausbau in Erwägung gezogen werden soll. Deshalb kann man jetzt nicht sagen, die Ratslinke möchte die beste und teuerste Variante. Ich hoffe, das Stimmvolk sagt „Ja“ zum Kredit, damit wir erfahren, wie viel uns eine Querung in der Fröschmatt bringt. Wenn wir nur nach der Rendite suchen, ist es wahrscheinlich schon so, dass nicht massig Personen dort durch gehen; aber genau für diese Personen ist es wichtig, dass so eine Querung besteht.

Christoph Zwahlen: Die Unabhängigen und Grünen finden es seltsam, dass genau die Partei solche Fragen stellt, die den Kredit abgelehnt hat und die Fragen jetzt so stellt. Mit der Zustimmung zum Kredit hätten diese Fragen beantwortet werden können. Ich frage mich, wer für diese Abklärungen jetzt zahlen soll, obwohl das Geld dafür nicht bewilligt wurde oder soll dies gratis geschehen? Was die Benützungsfrequenz usw. angeht, hat Kurt Lanz eigentlich alles Weitere gesagt.

Andrea Klein: Es ist schon so, dass diese Unterführung nicht von Rollator- oder Rollstuhlbenützer genutzt werden kann. Es fragt sich jedoch, wie viele Rollator-Nutzer die neu ausgebaute Fröschmatt-Unterführung überhaupt brauchen würden, denn diejenigen die im Neu-Pratteln-Gebiet wohnen, brauchen mit dem Rollator bis ins Dorf dreiviertel bis eine Stunde. Die Fröschmatt-Unterführung wird uns noch öfter im Rat beschäftigen, deshalb gebe ich folgende Stellungnahme bekannt: Dass ich den Ausbauplänen kritisch gegenüberstehe ist bekannt. Das hat nichts damit zu tun, dass ich den Behinderten, Rollstuhlfahrern oder Rollator Benützern dies nicht gönnen würde. Im Jahr 2009 hat die Gemeindeverwaltung das Ingenieurbüro Glaser Saxer Keller mit vier Ausbauvarianten beauftragt. Es wundert mich, dass man zu diesem Zeitpunkt nicht schon irgendwelche Zahlen erhoben hat. Bei allen der damals vorgestellten vier Varianten wurden die Grundstücke Viaduktstrasse 7 und 8 mehr oder weniger stark im Ausbau miteinbezogen und dies ohne Wissen der Grundeigentümer. Das weiss ich aus erster Hand, da ich selber Eigentümerin der Liegenschaft Viaduktstrasse 7 bin. Ich bin nicht bereit, einem teilweisen Landverkauf oder irgendwelchen Zugangsbehinderungen auf meinem Grundstück zuzustimmen, deshalb werde ich den Kampf aus privaten Gründen gegen eine mögliche Teilenteignung führen. Ich bin jedoch daran interessiert, wenn das Bauvorhaben an der Urne angenommen wird, dass dies zügig gemacht wird, denn ich möchte das Bauvorhaben nicht verschleppen oder gegen die Gemeinde arbeiten. Da auf meinem Grundstück ein über 100-jähriges Haus steht, möchte ich auch keine Verschleppungen in dem Geschäft, weil ich sonst ein Investitionsstopp produziere. Ich habe eine Anfrage an das Büro betreffend Ausstandspflicht von mir und von Dieter Schnetzer (Ehemann) gestellt. Die Ausstandspflicht wurde abgeklärt und bejaht. Somit werden wir uns bei zukünftigen Beratungen und Abstimmungen im Einwohnerrat in Ausstand begeben.

Benedikt Schmidt: Wir haben ziemlich viel über Rollatoren geredet, aber ich weiss aus eigener Erfahrung, dass die Benützung der Unterführung mit Kinderwagen schwierig ist. Es gibt also gute Gründe, die für einen Ausbau sprechen. Ich habe eine Bitte an die Fraktion FDP-Mitte: Informiert euch bitte über die Fakten, bevor über etwas abgestimmt wird. All das hättet ihr im August fragen können. Auch Alternativ-Varianten hätten im August diskutiert werden können. Habt ihr während der Debatte geschlafen? Das fragt man vorher und nicht nachher.

Kurt Lanz: Ich möchte gerne von Stefan Löw wissen, was sehr störanfällig ist. Ich kann mir darunter nichts vorstellen. Ist das im Jahr nur 1 x oder 20 x, gibt es Erfahrungswerte, hat man das beispielsweise mit Kaiseraugst abgeklärt? Interessiert bin ich auch, wieviel die Gemeinde Kaiseraugst für ihren Lift an Vandalenkosten ausgibt. Ich habe Mühe, wenn man irgendwelche Schlagwörter bringt, aber keine Erfahrung damit hat und dies zum Zeitpunkt, wenn die Initiative vor das Volk kommt.

Werner Graber: Seit Jahren diskutieren wir über die Fröschi-Unterführung. Man hat die Vorlage des Gemeinderats damals abgelehnt, da diese zu teuer ist. Dann reichte die SP-Fraktion eine Motion ein für eine Unterführung Gottesacker-/Münchackerstrasse, die jetzt eine Passarelle ist, wo man für den Reitweg einen Aufgang hätte machen können und wo man die neuen Quartiere auch gut ans Dorf hätte anbinden können. Dies wurde jedoch vom Rat abgelehnt, man solle ein Postulat machen oder eben die Fröschi-Unterführung ausbauen. Jetzt wo die Fröschi-Unterführung ausgebaut werden soll, heisst es wieder es ist zu teuer, es geht nicht. Hätte man damals der Motion zugestimmt und die Unterführung Gottesacker-/Münchackerstrasse ausgebaut, gäbe es jetzt keine Diskussion über die Fröschi-Unterführung.

Christine Weiss-Rufer: Ich wohne im Münchackerquartier und fühle mich dort ein bisschen vernachlässigt, da man auf diesen Bereich wenig schaut. Ich finde die Fröschi-Unterführung sehr wichtig. Im 7. Monat schwanger mit einem 2-jährigen Kind bin ich mit Kinderwagen in der Fröschi-Unterführung verunfallt, da es dermassen kompliziert ist, dass ich gestolpert bin und nur dank einem vollen Rucksack nicht schwerer verletzt wurde. Die Fröschi-Unterführung ist gefährlich und deshalb ist es eine Notwendigkeit, dass diese sicher gemacht wird.

Stefan Bregy: Zum Vorwurf die Fraktion FDP-Mitte hätte an der August-Sitzung geschlafen: Die nichtformulierte Initiative ist sehr klar formuliert, was die Vorgaben an den Planungskredit sind und was danach zu machen ist. Der Freiraum des Gemeinderates, ist sehr eng gesetzt und die Richtung bereits vorgegeben. Aus diesem Grund waren wir damals nicht davon überzeugt, dass dies der richtige Ansatz ist. In der Hitze des Gefechts war meine Idee für eine Statistik von Rollator Benutzer nicht das beste Votum, da dies nicht eruierbar ist. Man könnte aber beispielsweise über die Gemeinde in Erfahrung bringen, wie viele ältere Personen in diesem Quartier leben. Ich und die Fraktion FDP-Mitte sind noch immer der Meinung, dass wir zu wenig Grundlagen und Fakten für eine Empfehlung im Hinblick auf die Abstimmung haben.

GR Stefan Löw: Zu den Fragen von Stefan Bregy: Eine Zahlenerhebung der Benutzer müsste sehr seriös und mit klaren Vorgaben und nicht schnell husch-husch gemacht werden, damit dem Rat saubere Zahlen präsentiert werden können. Der Liftausbau der Nachbargemeinde ist nicht mit unserem Projekt 1:1 vergleichbar. Unser Projekt muss genau und seriös angeschaut werden, damit verlässliche Zahlen und Fakten vorhanden sind. Zu den Fragen von Kurt Lanz: Die Aussage zur Störanfälligkeit ist zu relativieren. Eine Anlage ohne jegliche Technik mit nur einer Rampe und Geländer ist weniger störanfällig als eine technisch-elektrische Anlage, die durch Gewaltanwendung oder Besprayung verschiedentlich beschädigt werden kann. Hinzufügen möchte ich noch, dass die Initiative als gültig erklärt wurde und aus diesem Grund der Gemeinderat den Auftrag wahrgenommen und die Sondervorlage mit dem Kredit für die Ausarbeitung des Projekts in den Rat gebracht hat. Das war die Aufgabe des Gemeinderates.

Roger Schneider: Ich bitte die Fraktion FDP-Mitte, sich von der Vorstellung zu verabschieden, dass dies nur eine Quartier-Sache ist. Es geht um die Erschliessung der ganzen Gemeinde in die Sandgruben, zum Schwimmbadbereich oder sogar überkommunal und um die Schüler, die nicht mehr ins Schulhaus Erlimatt gehen, sondern mit dem Velo bequem durch die Unterführung ins Fröschmatt gelangen könnten. Es geht auch nicht nur um das Quartier Neu-Pratteln und die südlichen Gebiete. Diese Langsamverkehrsachse hat sogar überkommunal grosse Bedeutung.

Die Interpellation Nr. 2961 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2958

Totalrevision Feuerwehrreglement – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 27. August 2015
- 1. Lesung vom 26. Oktober 2015

GR Ruedi Brassel: In der 1. Lesung tauchte eine Frage über die Formulierung „in der Regel“ auf (§ 14 Abs. 2, Feuerwehrpflichtersatzabgabe). Anlässlich der 1. Lesung habe ich als Grund für die Formulierung in meinem 1. Votum erwähnt, dass es möglich ist, dass nicht nur die Einkommens- sondern auch die Vermögenssituation massgebend ist. Der massgebliche und auch rechtlich notwendige Grund für die Formulierung ist jedoch, wie ich im 2. Votum erwähnt habe, dass zwar die Bemessungsgrundlage die Steuertaxation resp. das steuerbare Einkommen ist, jedoch dort wo der Mindestbeitrag nicht erreicht wird, wie im Abs. 3 ausgeführt, die Ersatzabgabe mindestens CHF 60 beträgt. Dies ist die Ausnahme von der Regel.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen und es folgt die 2. Lesung

- 1. Kapitel: **Allgemeine Bestimmungen**
- 2. Kapitel: **Feuerwehrdienst**
- 3. Kapitel: **Organe und Organisation**
- 4. Kapitel: **Einsatzpläne, Schlüsselhülsen**
- 5. Kapitel: **Einsatzkosten und Entgelte**
- 6. Kapitel: **Strafbestimmungen**
- 7. Kapitel: **Schlussbestimmungen**

Zu den vorstehenden Kapiteln gibt es keine Wortmeldungen.

Die 2. Lesung ist beendet und es folgt die Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: Die Totalrevision des Feuerwehrreglements wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist:
28. Dezember 2015

Geschäft Nr. 2912

Bericht und Antrag der Spezialkommission zum Geschäft „Teilrevision des Parkierungsreglements“ Teilrevision Parkierungsreglement – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 9. Februar 2015, Ausführung für die 1. Lesung
- Bericht und Antrag der Spezialkommission Parkierungsreglement vom 5. Oktober 2015

Auf dem Referentenplatz hat Simone Schaub, Präsidentin der Spezialkommission, Platz genommen. Auf das Geschäft wurde bereits am 23. März 2015 eingetreten und heute folgt die 1. Lesung.

Direktberatung:

Simone Schaub: Nach fünf intensiven Sitzungen liegt der stark zusammengefasste Bericht vor. Die Umsetzung des Parkierungsreglements wurde von allen Mitgliedern der Spezialkommission stark kritisiert. Anstatt in einem Gebiet anzufangen, hat man ganz Pratteln übermalt. Die Bevölkerung hat die Massnahmen alleine auf das Parkierungsreglement oder nur auf das Tempo-30 geschoben, diese mussten jedoch zusammen eingeführt werden, was die ganze Angelegenheit erschwert hat. Auch Thema war die Einführung der überall gültigen, zeitlichen Parkierbeschränkung, um Pendler davon abzuhalten dort zu parkieren und den Anwohnern oder den Gewerbetreibenden und ihren Kunden zu ermöglichen, genügend Parkplätze zu haben, anstatt diese eventuell punktuell oder nur in bestimmten Strassen einzuführen. Ein weiteres grosses Thema war die Besucherparkkarte, ob es diese braucht und ob sie etwas kosten soll. Das Reglement an sich wurde nicht als problematisch angesehen, jedoch wäre eine bessere Umsetzung nötig gewesen. Anscheinend ist der Freiraum den man dem Gemeinderat für die Umsetzung gegeben hat, zu gross gewesen. Die Einwohner sind nach wie vor verärgert und tun dies vor allem in den sozialen Netzwerken oder mit Leserbriefen kund. Aus meiner persönlichen Sicht finde ich es traurig, dass Anpassungen in der Kommission immer an der Mehrheit gescheitert sind. Aus diesem Grund sind ausser bei den Besucherparkkarten auch keine Änderungen im Reglement zustande gekommen.

Andreas Seiler: Wie Simone Schaub bereits ausgeführt hat, gibt es noch immer eine grosse Unzufriedenheit. Es ist nicht Aufgabe vom Einwohnerrat oder der Kommission über einzelne Parkfelder zu diskutieren, sondern ist Aufgabe der Verwaltung und des zuständigen Gemeinderates. Die noch hängigen Vorstösse sollten noch vom Gemeinderat beantwortet werden. Was mich wundert ist, dass die noch hängigen Vorstösse nicht gleichzeitig mit dem Geschäft im Einwohnerrat behandelt werden, denn jetzt ist es bereits eine Sitzung später, als das Geschäft ursprünglich gekommen wäre. Wie in der Kommission beschlossen, wäre es sinnvoll gewesen, man hätte die hängigen Vorstösse gleichzeitig im Rat behandelt, damit der Markierungsstopp komplett aufgehoben werden kann. Die Fraktion FDP-Mitte ist nicht zufrieden mit der Einführung der Parkzeitbeschränkung von drei Stunden in ganz Pratteln und sind der Meinung, dass die Einführung der 3-Stunden-Regelung nur in der Nähe von ÖV-Haltestellen nötig ist; entlang der Tramlinie 14 und bei den S-Bahn-Stationen Salina Raurica und Bahnhof. Das Reglement erlaubt dies jedoch überall und der Gemeinderat hat dies nicht sinnvoll umgesetzt. Deshalb stellt die FDP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts um die Kommission des gesamten Reglement überprüfen zu lassen, so wie damals bei der Überweisung an die Kommission und in den Voten von Fredi Wiesner und mir festgehalten. Dies hat die Kommission nicht gemacht. Im Reglement sollen die Zonen, bei der die

Parkzeitbeschränkung von drei Stunden gelten soll, eingeschränkt und der Perimeter festgelegt werden. Die Trennung der Kompetenzen von Einwohnerrat und Gemeinderat wird dadurch nicht verletzt. Es ist machbar im Reglement gewisse Zonen festzulegen und dem Gemeinderat verschiedene Kompetenzen zu geben. Ursprünglich hat das Reglement auch verschiedene Zonen beinhaltet, allerdings mit einem anderen Hintergrund; der Gültigkeit der Parkkarte. Wir hoffen, dass die Kommission den von uns gestellten Auftrag wahrnimmt, denn die jetzige Lösung generiert in der ganzen Gemeinde einen grossen bürokratischer Auftrag; man muss Parkkarten kaufen, allenfalls Anwohner- oder Besucherparkkarten und es wurden Angestellten-Parkkarten verkauft und dies für mehr Parkplätze als tatsächlich zur Verfügung stehen. Dazu kommen noch diejenigen, die selber am Parkautomaten zahlen. Schlussendlich ändert sich dank der vielen Parkkarten nichts an der Situation; es sind alle Parkplätze belegt und ausser dem Aufbau einer riesigen Bürokratie haben wir nichts gewonnen. Das möchten wir nicht. Deshalb stellen wir den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts an die Kommission, um 1. das gesamte Reglement im Allgemeinen und 2. die Einschränkung der 3-Stundenzone auf bestimmte Gemeindegebiete zu prüfen.

Antrag von Andreas Seiler

Urs Hess: Das Parkierungsreglement ist und bleibt ein grosser Zankapfel in unserem Dorf. Es hat schon dilettantisch angefangen, wurde stümperhaft weitergeführt und jetzt haben wir den Schlamassel komplett. Die SVP-Fraktion ist klar der Auffassung, dass die Besucherparkkarte jetzt nicht einzuführen ist. Das Parkierungsreglement ist nichts wert; man nimmt Parkplätze weg und will nachher noch Parkkarten verkaufen, was nicht ganz fair ist. Eigentlich hätte sich die Kommission mit der ganzen Sache auseinandersetzen sollen. Darum muss ich auch die Kommission rügen, die ihre Arbeit nicht, wie vom Parlament erhalten, gemacht hat. Wir haben uns auch eine Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat überlegt. Wenn es dann jedoch so dilettantisch daherkommt wie es jetzt ist, nützt dies wahrscheinlich auch nichts. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der Fraktion FDP-Mitte.

Kurt Lanz: Trotz allem danke ich den Mitgliedern der Kommission. Ich habe gehört, dass es offensichtlich schwierig ist, ein Reglement anzupassen, wenn eine Mehrheit dagegen ist; ich hoffe ja, dass es in einer Demokratie auch so ist, dass nach Mehrheiten entschieden wird. Um mehr Rechtssicherheit zu gelangen, sollten wir jetzt dem Vorschlag der Kommission zustimmen und die Änderungen vollziehen. Ich weiss nicht, wie ernst ich die Aussage nehmen soll, dass weil man nicht mit der Arbeit der Kommission zufrieden ist, dieses Geschäft wieder an die Kommission zurückweisen soll. Ich bin der Meinung, wir stimmen dem Vorschlag der Kommission zu, denn schliesslich konnten die einzelnen Fraktionen in der Kommission darauf Einfluss nehmen. Dann gibt es noch immer die Möglichkeit, wie bei anderen Reglementen auch, Motionen zu machen, um Änderungen herbeizuführen.

GR Ruedi Brassel: Es liegt ein Reglement vor, welcher vom Einwohnerrat erlassen wurde. Die Revision wurde betreffend Besucherparkkarte beantragt, da sich herausgestellt hat, dass eine Lösung getroffen werden muss. Der Einwohnerrat ist auf das Geschäft eingetreten und hat die Teilrevision an eine Kommission überwiesen, um den gemeinderätlichen Vorschlag zu überprüfen. Die Kommission hat sich an die Arbeit gemacht und an fünf Sitzungen eingehend diskutiert, nicht nur über die vorgeschlagenen Änderungen, sondern auch über viele andere Sachen im Umfeld der Umsetzung des Parkierungsreglements und mit der Einführung von Tempo-30. Dies ist die Ausgangslage und hier stehen wir jetzt. Die Kommission hat einen Vorschlag zur Einführung der Besucherkarte gemacht, welcher vom gemeinderätlichen Vorschlag leicht abweicht und offenbar hat diese Regelung in der Kommission eine Mehrheit gefunden. Was ist neu darin? Es ist ein anderer Tarif und es sollen 12 Besucherkarten gratis abgegeben werden. Mit diesem Vorschlag ist der Gemeinderat einverstanden. Wenn dann erste Erfahrungen mit dem Reglement gesammelt wurden, ist es nötig, dass man nochmal über die Bücher geht. Das ist die erklärte Absicht und wird im Kommissionbericht empfohlen. Was jetzt vorgeschlagen wird, dass das Geschäft zur nochmaligen Behandlung an die

Kommission zurückgewiesen wird, muss der Einwohnerrat beurteilen. Zum Vorschlag die 3-Stunden-Regelung nur in bestimmten Zonen einzuführen, die Zonen neu zu definieren und ausserhalb dieser Zonen ein unbeschränktes Parken zuzulassen: Ich bitte alle Einwohnerräte die Fantasie walten zu lassen und sich vorzustellen, was eine solche 2-Zonen-Regelung auslösen wird. Das Chaos in den Grenzquartieren wäre vorprogrammiert und über kurz oder lang nicht die bessere Lösung. Darum bitte ich den Rat dem Vorschlag der Kommission zuzustimmen und in zwei Jahren zu schauen, ob sich dies bewährt hat.

Andrea Klein: Ich zitiere aus dem Votenprotokoll vom 23. März 2015: „*Fredi Wiesner: Daher sind wir zum Schluss gekommen, nicht nur die Besucherparkkarten einzuführen, sondern dass das Ganze noch einmal anzuschauen und eventuell zu überarbeiten ist...*“ Die Kommission hat nicht schlechte Arbeit geleistet, aber vielleicht einfach nicht alles gemacht. Der Auftrag war klar, dass man alles nochmal anschauen soll und nicht nur die Besucherparkkarte. Hat es eine Abstimmung in der Kommission gegeben, ob das ganze Reglement angeschaut werden soll?

Simone Schaub: Ob das ganze Reglement angeschaut werden soll, wurde in der Kommission diskutiert, doch die Mehrheit hat sich dazu entschieden, dass es in erster Linie um die Besucherparkkarte geht; das Reglement an sich sei in Ordnung.

Andrea Klein: Ich glaube nicht, dass sich eine Kommission über den Entscheid des Einwohnerrates hinwegsetzen kann, sondern sie hätte sich dem Auftrag beugen müssen und das gesamte Reglement prüfen sollen, obwohl es einem nicht passt. Es ist kein grosser Aufwand, wenn sich die Kommission nochmals trifft um das gesamte Reglement durchzugehen und dann sagen kann: Jawohl, wir haben das gemacht, kommen aber zum gleichen Ergebnis. Das ist dann eben so. Aber abzustimmen und quasi sich über den Entscheid des Einwohnerrates hinwegzusetzen finde ich schon ein bisschen schräg.

Andreas Seiler: Das Geschäft ist in den Einwohnerrat gekommen, weil der Gemeinderat die Besucherkarte einführen wollte. Wenn der Einwohnerrat das Problem genauso sieht, dann gibt es zwei Lösungen: Entweder wir machen die Besucherparkkarte auf die eine oder die andere Art oder wir beheben die Situation, die dazu führt, dass die Besucherparkkarte gebraucht wird. Zumindest in einem grossen Teil von Pratteln könnten wir das machen. Kurt Lanz hat vorher gesagt, man könne Motionen machen, um das Reglement zu ändern. Das ist richtig. Aber wenn wir das Reglement heute im Einwohnerrat haben, können wir den Änderungsanstoss um das ganze abzukürzen auch gleich direkt machen. Ich habe nach den Voten von GR Ruedi Brassel und einigen Ratsmitgliedern das Gefühl, dass am Liebsten alles so weitergezogen wird, um es dann in zwei Jahren nochmals zu überprüfen, sich dann aber die meisten Leute schon daran gewöhnt haben oder die Faust im Sack machen und es akzeptieren. Das möchten wir nicht. Wir sind nicht einverstanden damit, wie es umgesetzt ist und darum möchten wir, dass es zurück an die Kommission geht. Das heisst nicht, dass ich die Arbeit der Kommission nicht danken will, denn es ist nicht einfach in einer Kommission mit verschiedenen Parteien zu einer Lösung zu kommen. Wir werden der Kommission ihre Arbeit danken, wenn es so gemacht wird, wie es vom Einwohnerrat übergeben wurde. Ich bitte dem Antrag zuzustimmen.

Mauro Pavan: Ich staune ein bisschen. *Liest die Namen der Kommissionsmitglieder und deren Parteizugehörigkeit und bittet den Rat mitzuzählen.* Das heisst: Die SVP-Fraktion und die Fraktion FDP-Mitte haben zusammen in dieser 9-er-Kommission fünf Sitze und die Präsidentin beklagt sich darüber, dass die Änderungen an der Mehrheit gescheitert ist? Und die SVP-Fraktion und die Fraktion FDP-Mitte möchten dieses Geschäft an die Kommission zurückweisen? Ich verstehe die Welt nicht.

Jens Dürrenberger: Ich kann Mauro Pavans Verständnis nicht vergrössern, möchte aber zum 2-Zonen-Reglement noch etwas sagen: Riehen hat das 2-Zonen-Reglement bzw. die Parkraumbewirtschaftung in zwei Zonen gemacht und ist nicht im Chaos versunken. In Riehen funktioniert das Tip-Top und ist angenehm für die Bevölkerung die am Hang lebt. So könnte es auch in Pratteln sein. Wenn man Angst hat, dass es nicht funktioniert, soll man es in Riehen anschauen.

Gert Ruder: Ich gebe zu bedenken, dass die Arbeit der Kommission und deren Präsidentin nicht gewürdigt wird, wenn dem Rückweisungsantrag zugestimmt wird. Das Ergebnis des Berichtes ist eine Verständigungslösung innerhalb der Kommission. Wir haben uns darauf geeinigt. Ein wesentlicher Punkt wurde noch nicht genügend besprochen: Wir möchten zwei Jahre Erfahrung sammeln und danach eine Revision machen und nicht jetzt eine Komplettrevision aufgrund von wesentlichen Emotionen. Ich bitte den Rat zu überlegen, ob es nicht schlauer ist, dem Bericht mit den Änderungsvorschlägen zuzustimmen. Dann kann nach zwei Jahren, auf Basis der dann gemachten Erhebungen, ein Reglement gemacht werden, wo allen gerecht wird. Vielleicht sind das dann Regelungen wie in Riehen oder wie irgendwo anders oder man kann auf Besucherparkkarten ganz verzichten oder muss einen anderen Tarif festlegen.

Emil Job: Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen würdigen den Bericht der Kommission. Für uns ist noch die Frage zur Gültigkeit der Parkkarten offen. Im Reglement soll stehen, dass zwischen 19.00 Uhr und 7.00 Uhr auch mit der Besucherparkingkarte das nächtliche parkieren gestattet ist. Wie lässt sich das damit vereinbaren, dass die Besucherparkingkarte nur ein Tag gültig ist? Ist die Besucherparkkarten 24 Stunden gültig oder sind sie am Ausgabetag gültig? Das ist nicht so klar. Die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist nicht für Rückweisung an die Kommission. Was den Antrag des Markierungsstopps angeht: Dieser kann erst aufgehoben werden, wenn alle offenen Vorstösse beantwortet wurden. Ich bitte den Gemeinderat, dies noch vor der 2. Lesung zu machen, dann kann dem auch zugestimmt werden.

Fredi Wiesner: Heute Abend wurde ich schon mehrmals angegriffen oder zitiert. Eigentlich wollte ich heute nicht viel sagen, denn ich habe schon in der Kommission viel gesagt. Mit allem was das Parkieren anbelangt habe ich mich intensiv befasst und es mir nicht einfach gemacht; aber man kann zum Teil auch schlauer werden. Es ist richtig, dass das Geschäft wegen der Besucherparkkarte in die Kommission kam und ich damals gesagt habe, dass auch gleich das gesamte Reglement von der Kommission angeschaut werden kann. Die Kommission hat es sich nicht einfach gemacht und viel diskutiert; auch über die Besucherparkkarte. Wir haben auch nicht gesagt, dass wir das Reglement nicht anschauen, sondern sind zum Schluss gelangt, dass man das Reglement so wie es jetzt dasteht im Prinzip auch benutzen kann und es keinen Wert hat anzufangen daran rumzuschrauben. Was auch Gert Ruder bereits gesagt hat: Wir führen das Parkierungsreglement jetzt so ein, schauen es uns in zwei Jahren nochmals an und machen dann allenfalls Anpassungen. Ursprünglich ist das Ganze eigentlich auf 2012 zurückgegangen als festgestellt wurde, dass im Grabenmattquartier keine Parkplätze vorhanden sind. Seit das Parkierungsreglement eingeführt ist, hat es dort mittlerweile wieder Parkplätze, weil nicht mehr so viele Pendler ihre Fahrzeuge abstellen. Die Erkenntnis für eine Besucherparkkarte ist mit der Einführung der Parkkarte erfolgt, damit die Besucher nicht alle drei Stunden das Auto umstellen müssen. Man sollte eigentlich der Bevölkerung die Möglichkeit geben, etwas zu machen, das rechtens ist. Probleme sind mit der Umsetzung von Tempo-30 entstanden. Die versetzte Parkierung ist eine kostengünstige Massnahme um das Tempo-30 durchzusetzen. Denn es braucht dies oder entweder andere bauliche Massnahmen (Blumentröge, Schwellen), da sich leider die Autofahrer nicht immer an die Tempo-30 halten. Dies ist eine Erkenntnis und darum sollte man es ausprobieren und umsetzen. Wir wurden immer ausführlich mit der Situation in Pratteln aufdatiert und haben daraufhin festgestellt, dass auch andere Quartiere (Längi, Rankacker, Gehrenacker Aegelmatt) das gleiche Problem mit den zu wenig Parkplätzen wegen der Pendler haben. Oder dass die Pendler oder die Ganztagsparkie-

rer je mehr man einschränkt desto weiter weg parkieren und dann sind wir eben bald in ganz Pratteln angelangt. Im Prinzip ist nur der obere Teil eine mögliche 2. Zone und könnte man ohne Einschränkungen frei geben. Überall sonst kann man nicht auf eine Regelung verzichten. Darum kommt die Kommission zu diesem Schluss wie es im Bericht vorliegt. Ich denke nicht, dass es eine schlechte Entscheidung ist, nach zwei Jahren nochmals darüber zu diskutieren und ggf. Änderungen anzubringen. Sofern dies an die Kommission zurückgewiesen wird, werde ich nicht mehr Mitglied sein, denn ich wüsste nicht, was ich persönlich noch darin einbringen sollte was ich nicht schon in der jetzigen Kommission eingebracht habe. Deshalb überlegt euch gut, dass jetzt nicht lieber einzuführen, umzusetzen und dann wieder anzuschauen, wenn der Bericht vom Gemeinderat folgt.

Simone Schaub: Lieber Mauro Pavan, dass mit der Mehrheit von der FDP und SVP ist so eine Sache, denn von fünf Sitzungen war man nur an einer vollständig. Darum kann ich auch sagen, dass es kein Wert hat das Geschäft an die gleiche Kommission zurückzuweisen, weil nichts anders dabei herauskommen wird.

Christoph Pfirter: Zwei Schlagworte sind gefallen: „Zwei Jahre“ und „zwei Zonen“. In zwei Jahre sollen wir schauen wie das ganze funktioniert. Dieser Meinung bin ich auch. Aber sicher nicht erst alles zeichnen und regeln und in zwei Jahre merken, was man im oberen Dorfteil hätte weglassen können. Ich bin der Meinung, dass wir jetzt zwei Zonen machen und in zwei Jahren schaut, wie es funktioniert. Das wäre der einfachste, logischste und praktische Weg. Dass wir uns irgendwann daran gewöhnen und bis dahin wie erwähnt die Faust im Sack machen, kann nicht sein. Es ärgern sich viele Leute. Deshalb mein Vorschlag; ein zwei-jähriger Versuch mit zwei Zonen und Rückweisung an die Kommission. Denn wenn die Arbeit nicht richtig gemacht wurde, macht man diese zwei Mal.

Urs Hess: Es wurde bereits klar festgestellt, dass es Gebiete gibt, bei denen nicht mal eine Parkplatzmarkierung nötig ist (Essigkäferberg, Blözen, Käppeli, Hagenbächli etc.). Mit der sinnlosen Malerei kann man aufhören und sagen: Jetzt haben wir ein paar Parkplätze gemalt und behalten die halt und probieren es mit denen, aber sicher nicht mit einer Besucherparkkarte. Wir haben dem Gemeinderat viel zu viele Kompetenzen gegeben indem wir gesagt haben, dass der Gemeinderat die Zonen bestimmt. Das hat sich jetzt als Bumerang erwiesen. Darum müssen wir das Heft wieder in die Hand nehmen und das soll auch die Kommission. Wenn die Kommission die Gebiete definiert, ist es halt im Reglement drin und man ist nicht so flexibel. Aber es braucht dies offensichtlich.

Benedikt Schmidt: Ich habe ein Problem mit der bürgerlichen Ratsseite. Ihr habt eine Mehrheit in der Kommission und seit trotzdem unzufrieden mit der Kommissionsarbeit und wünscht das Geschäft zurück an eine Kommission zu geben, die aus einer bürgerlicher Mehrheit besteht. Meine Meinung ist, dass wenn eine bürgerliche Mehrheit besteht, dies nicht gut ausgehen konnte. Zurückweisen in die gleiche Kommission bringt es einfach nicht. Auch Mauro Pavan muss ich kritisieren, denn er hat nur die halbe Wahrheit gesagt; denn nicht nur in der Kommission besteht eine bürgerliche Mehrheit, sondern auch im Gemeinderat. Das ist schon ein bisschen traurig.

Urs Schneider: Seit 14 Jahren im Einwohnerrat habe ich nie erlebt, dass eine Kommission nach getaner Arbeit so sehr angegriffen wird. Ich danke der Kommission für die Arbeit die sie getan hat, auch wenn es nicht für alle so befriedigend ist, wie man es sich wünscht, was aber auch ganz normal ist. Es macht keinen Sinn das Geschäft an die Kommission zurückzuschieben. Die Kommission hat von Anfang an verloren, sie konnte gar nicht gewinnen, denn man kann anscheinend nicht das Reglement auf den Kopf stellen, solange wir Tempo-30 haben und das Reglement so haben, wie es heute ist. Auch bringt eine Rückweisung an die gleiche Kommission nichts. Unterdessen kann ich damit leben, man gewöhnt sich halt dran. Ja, ich habe die Faust im Sack gemacht, aber einer Rückweisung werde ich nicht zustimmen.

Werner Graber: Auch die Möglichkeit von zwei oder mehreren Zonen wurde in der Kommission diskutiert. Wenn wir zwei Zonen machen, muss überall wo die Zone in den verschiedenen Gebieten wechselt, eine entsprechende Tafel aufgestellt werden, damit der Automobilist weiss, in welcher Zone er ist. Aus diesem Grund hat die Kommission beschlossen, dass man es so lässt, denn eigentlich nur oben auf dem Berg könnte man die 3-Stunden-Beschränkung aufheben. Auch kostet das aufstellen der Tafeln viel Geld und entscheiden wir uns in zwei Jahren wieder dagegen, kostet auch das wieder entfernen der Tafeln viel Geld.

Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Andreas Seiler

://: Der Rat lehnt den Rückweisungsantrag der Fraktion FDP-Mitte, Andreas Seiler, mit 17 Nein zu 15 Ja bei 7 Enthaltungen ab.

Präsenz: Es sind neu 38 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3-Mehr 26 Stimmen.

Lesung

§ 11^{bis} Besucherparkingkarten (neu)

Patrick Weisskopf: Beim durchlesen von § 11^{bis} Abs. 1 ist mir aufgefallen, dass am Schluss die öffentlichen Parkplätze abschliessend aufgezählt werden. Das Aufzählen ist nicht nötig. Aus diesem Grund beantrage ich die Aufzählung der Orte zu streichen und den Text mit „...auf den öffentlich bewirtschafteten Parkplätzen.“ zu ersetzen.

Antrag Patrick Weisskopf

Abstimmung über den Antrag von Patrick Weisskopf

://: Der Rat stimmt dem Antrag mit 24 Ja bei 5 Nein und 9 Enthaltungen zu.

Petra Ramseier: Ich bitte das Büro, dass beim nächsten Antrag nicht sofort abgestimmt wird, sondern dass man kurz nochmal die Gelegenheit zur Diskussion hat. Es geht sonst so schnell, dass man nicht einmal Zeit zum Überlegen hat, ob dem Antrag gefolgt werden soll oder nicht. Es ging jetzt sehr schnell, das ist in Ordnung, aber für nächstes Mal sollte man die Diskussion nochmal ansprechen.

Fortsetzung der Lesung

§ 16 Abs. 1 Nachtparking (neu) keine Wortmeldung.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen.

Geschäft Nr. 2963

Motion der Fraktion FDP-Mitte, Andreas Seiler, betreffend „Gemeindeversand zu Wahlen und Abstimmungen“

Aktenhinweis

- Motion der Fraktion FDP-Mitte, Andreas Seiler, betreffend „Gemeindeversand zu Wahlen und Abstimmungen“ vom 1. Oktober 2015

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegenzunehmen. Es macht Sinn das ganze anzuschauen.

Andreas Seiler: Die Gemeinde Pratteln organisiert zu jedem Abstimmungstermin einen gemeinsamen Propagandaversand. Bei den National- und Ständeratswahlen haben wir dann festgestellt, dass die Umsetzung von diesem Reglement bei der Gemeindeverwaltung nicht so klar ist und es drauf ankommt, wer beim Rechtsdienst da ist oder auch nicht da ist. Ich habe damals angefragt, ob man die Unterschriften für den Prospekt der Jungfreisinnigen der FDP (Nationalrat) eingeben muss. Am Anfang hiess es, man brauche keine Unterschriften, eine Woche vor dem Abgabetermin aber doch. Effektiv ist es so, dass nur Ortssektionen die in Pratteln Sitz haben, dazu berechtigt sind und das pro zu wählendes Gremium. Dies bedeutet ein grosser Aufwand und die Unterschriften müssen auch in der Verwaltung kontrolliert werden, darum schlage ich vor, dass man die Regelung öffnet; vor allem bei Jungparteien und kleineren Parteien gibt es keine Ortssektion in Pratteln. Es macht keinen Sinn, dass die Kandidierenden eine Liste eingeben für die es beim Kanton auch schon Unterschriften braucht. Der Grund für die Hürde ist, dass man nicht wollte, dass die Anzahl Prospekte explodieren. Mit meinem Vorschlag wird dies jedoch nicht der Fall sein: Wenn keine Ortssektion besteht, sollen auch kantonale oder regionale Parteien ohne Komitee einen Prospekt mitschicken können. Zugelassene Gruppierungen sollen pro zu wählendes Gremium (bereits heute so geregelt) und bei Proporzahlen pro Liste einen Prospekt mitschicken können. Teilweise stehen in diversen Kantonen pro Partei mehrere Listen zur Wahl. Ich bitte den Rat die Motion zu überweisen, damit wir die Bürokratie für die Parteien aber auch auf der Gemeindeverwaltung reduzieren können.

Mauro Pavan: Ich kann das Anliegen von Andreas Seiler unterstützen. Es stimmt, dass Jungparteien oft keine Ortssektion haben. Um diese in ihrem politischen Engagement zu unterstützen, macht es Sinn, zumal sie bereits jetzt ein Komitee gründen können, was jedoch ein unnötiger bürokratischer Aufwand ist. Die SP-Fraktion ist dafür, die Motion für erheblich zu erklären.

Emil Job: Die Fraktion der Unabhängigen Pratteln sieht das Ganze ein bisschen kritischer und findet nicht, dass die 30 Unterschriften ein zu grosses Hindernis sind. Die Formulierung ganz am Schluss „*Insgesamt ist pro Liste nur ein Prospekt erlaubt.*“ könnte kritisch werden, wenn die eine Partei für eine Liste wirbt und die andere dann auch noch will. Aber dagegen sind wir nicht.

Christian Schäublin: Die SVP-Fraktion unterstützt die Motion. Jedoch sind uns die Auswirkung nicht ganz klar oder ob es noch andere Möglichkeiten gib. Es braucht eine gewisse Mindestanzahl für die Durchführung eines Gratis-Versands, deshalb kann es nicht sein, dass gewisse Gruppierungen instrumentalisiert werden, damit ein Versand zustande kommt. Aus diesem Grund sehen wir den Vorstoss eher als ein Postulat und würden das dann unterstützen. Grundsätzlich begrüssen wir die Stossrichtung.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit 30 Ja zu 3 Nein bei 5 Enthaltungen:

://: Die Motion Nr. 2963 wird für erheblich erklärt.

Geschäft Nr. 2968

Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Salina Raurica“ es harzt im Filetstück des Kantons Baselland

Aktenhinweis

- Interpellation der SP-Fraktion, Gert Ruder, betreffend „Salina Raurica“ es harzt im Filetstück des Kantons Baselland vom 23. Oktober 2015

GP Beat Stingelin: Salina Raurica - Filetstück hört man immer wieder, ob es das ist, weiss ich nicht, man sagt es einfach so. **Frage 1:** *Ist der Gemeinderat zusammen mit der Abteilung Bau, dem planenden Ingenieurbüro und der Begleitkommission von falschen Voraussetzungen ausgegangen, oder hat sich kurzfristig die ursprüngliche Ausgangslage verändert?* Der Gemeinderat und die Abteilung Bau sind nie von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Vor der Planung haben wir mit den kantonalen Instanzen d.h. zwei Regierungsräte (Sabine Pegoraro und Thomas Weber) über Salina Raurica geredet. Uns hat man gesagt, dass das Reserveland der ARA in die Planung Salina Raurica miteinbezogen werden kann, weil es zur Verfügung steht und das Land dem Kanton gehört. Das haben wir gemacht. Bei einer weiteren Sitzung hat es ein halbes Jahr später plötzlich geheissen, dass Salina Raurica anders geplant werden muss, da die ARA das Land braucht. Damit musste die bisherige Planung überarbeitet werden, wobei sich insbesondere das östliche Teilgebiet verkleinert. Zur Frage wer für die Mehrkosten der bisherigen Planung aufkommt? Dabei hat sich der Kanton generös gezeigt; der Kantonsplaner hat uns zugesagt dabei mitzuhelfen. Die Ausgangslage hat sich somit kurzfristig verändert und wir mussten neu anfangen zu planen.

Frage 2: *Wo ist dieses grosse und wichtige Geschäft stecken geblieben? Beim Kanton in der Vorprüfung oder hat die öffentliche Mitwirkung unerwartete Probleme für das Projekt geschaffen?* Aufgrund der neuen Rahmenbedingungen durch den Kanton musste die gesamte Planung nochmals überarbeitet werden. Mittlerweile haben wir das gemacht und sind jetzt soweit, dass die Planung wieder neu aufgelegt und generiert ist.

Frage 3: *Hat allenfalls gar die kantonale Wirtschaftsförderung mit einem möglichen Grossprojekt auf die Planung Einfluss genommen?* Nein, ein mögliches Grossprojekt hatte keinen Einfluss auf die Planung, da das Grossprojekt bei Salina Raurica gar kein Platz hätte. Man ist dort davon ausgegangen, dass man ganz Salina Raurica zusammen nimmt aber hat nicht an die bestehenden Betriebe gedacht; die sind und bleiben dort.

Frage 4: *Was sind die Gründe für diese unerwartete Verzögerung auf den ursprünglichen Terminplan?* Die Gründe sind wie bereits erwähnt die veränderten Rahmenbedingungen bezüglich der ARA-Rhein. Aber ich bin guten Mutes, dass es jetzt weitergeht. Ein wichtiger Teil davon ist der Strassennetzplan. Die Gemeinde Pratteln war nie der Verhinderer, wir haben zwar immer kritisch hinterfragt, behindert hat hier einzig und allein der Kanton.

://: Der Rat stimmt einer Diskussion zu.

Gert Ruder: Ich bedanke mich beim Gemeindepräsidenten Beat Stingelin für die Beantwortung der Fragen. Ich bin froh, dass die Antworten so gegeben wurden, doch bin ich in einem Punkt ein bisschen enttäuscht; die Information habe ich proaktiver erwartet und nicht erst auf Grund einer Interpellation. Das spielt jetzt aber keine Rolle. Sache ist, dass der Gemeinderat zusammen mit der Bauverwaltung und allen involvierten Personen die dabei waren, richtig gehandelt hat. Sie haben quasi ein Versprechen bekommen, der Teil von der Parzelle 4589 von 3,5 ha in die Planung miteinzubeziehen. Als die Regierungsratswahlen vorbei waren, hat der gleiche frischgewählte Regierungsrat Wortbruch betrieben und gesagt, man müsse es jetzt wieder rausnehmen. Das ist eine Situation bei der wir uns hinters Licht geführt fühlen müssen. Denn wenn der Regierungsrat an offiziellen Sitzungen mit dem Gemeinderat etwas ausmacht, sollte er auch fähig sein, sich an die Versprechungen zu halten. Im Mai 2014 hat es in den Zeitungen geheissen „*neuer Drive für das Filetstück im Kanton*“ und „*nun soll es die Privatwirtschaft richten*“. Das hat es vor den Wahlen geheissen, als noch das Büro Losinger Marazzi in den Planungen vom Kanton miteinbezogen wurde. Ich habe es schon einmal gesagt, wir Prattler wurden vom Kanton fast als Schlafmützen dargestellt. Aber wie auch schon gesagt, war dies im Vorwahlkampf. Schon im gleichen Jahr, am 21. Oktober 2014, konnte man der gleichen Presse entnehmen, dass die ARA nicht, für eine Aufwertung von Salina Raurica, vom jetzigen Standort in das Industriegebiet Schweizerhalle verlegt werden soll. Zeitgleich hat der ARA Verwaltungsrat, wo auch der Regierungsrat zusammen mit einem Chefbeamten Einsitz hat, ein Sanierungsprojekt in Auftrag gegeben. Am 20. Oktober 2015 wurden die Projekte besprochen und am 15. November 2015 hat der Regierungsrat kundgetan, dass das Reserveareal für die Sanierung von der ARA in Anspruch genommen werden muss. Das Resultat, ob es in Zukunft stinkt oder nach der Sanierung weniger oder gar nicht mehr, ist das Eine, eine geplante Erweiterung der ARA in die Breite reduziert aber die Werthaltigkeit des Planungsgebiets erheblich und massiv. Überspitzt gesagt, macht man aus dem Filetstück ein Güllenloch vom Kanton. Das finde ich nicht die feine Art, zumal Pratteln eine Gemeinde ist, die schon genug Lasten trägt, die andere nicht zu tragen haben. Ich bitte den Gemeinderat eindringlich, alles so durchzuführen, wie es im Geschäft Nr. 2966 im Mitwirkungsbericht steht; dass die Erweiterung der ARA Rhein innerhalb vom bestehenden Areal stattfindet und nicht die 3,5 ha ausserhalb der Parzelle gebraucht werden, denn auch eine Abwasseranlage sollte in die Höhe bauen können und nicht nur in die Breite und Tiefe. Danke für die Beantwortung meiner Fragen.

Marc Bürgi: Gert Ruder, von einem Güllenloch sollte man nicht sprechen. Wir müssen uns bewusst sein, das etwas gegangen ist und nicht nichts. Tagtäglich kann man beobachten, wie das Coop-Projekt in der Salina Raurica wächst. Selbstverständlich haben wir uns damals im Landrat, wo uns „Salina Raurica“ in Zusammenarbeit mit der Firma Losinger Marazzi vorgestellt wurde, einige Wünsche und Hoffnungen ausgemalt aber die ganze Kommunikation und das Vorgehen der Regierung ist im Nachhinein doch ein bisschen ein Wunschdenken. Man hat die Bevölkerung, das Parlament und die dortigen Grundbesitzer schlichtweg überfahren oder zu viel versprochen. Stichwort ARA ist leidig und eine Verlegung wäre absolut ideal. Vielleicht kommt die Regierung auch auf die Idee Firmen, die ARA mit Abwasser beliefern, bei den Mindestkosten von CHF 300 Mio. zu beteiligen, da diese vom Kanton schlichtweg nicht zu zahlen sind. Wir sollten uns deshalb überlegen, mit kleinen Schritten voranzugehen. Ich bin überzeugt, dass das Projekt kein Güllenloch, sondern ein Schoggiloch ist.

Petra Ramseier: Kann ein Termin genannt werden, wenn die Zonenplanung, im Hinblick auf die nächsten Diskussionen, kommt?

GP Beat Stingelin: Der Gemeinderat ist soweit bereit, den Plan in zwei Monaten in den Einwohnerrat zu bringen. Wir haben Gas gegeben und zögern es nicht hinaus, müssen aber noch einige Überlegungen machen; einen Grüngürtel den wir durchziehen wollten, müssen wir weiter nach hinten versetzen usw. Wir verhandeln auch mit der ARA, dass wir dort noch mindestens 10 Meter von ihrem Areal erhalten. Wir werden das Beste aus der Situation machen.

Die Interpellation Nr. 2968 ist beantwortet.

Geschäft Nr. 2960

Betriebsverein Spitex Pratteln – Augst – Giebenach: Neuer Finanzvertrag

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 3. November 2015

GR Max Hippenmeyer: Mit Schreiben vom 28. Juni 2015 hat der Betriebsverein Spitex den bestehenden Finanzvertrag gekündigt und um eine Erhöhung der Subventionen um CHF 200'000 auf 1,5 Mio. Franken ersucht. Nach intensiven Verhandlungen Mitte August zwischen der Gemeinde und einer Delegation des Spitex-Vorstandes einigte man sich auf eine Erhöhung um 150'000 statt um 200'000, weil insbesondere seitens der Spitex verschiedene Punkte wie die neuen Raumkosten und eine Preisanpassung der Dienstleistungen noch nicht abschliessend geklärt waren. Diese offenen Fragen sollen eine zusätzliche Entlastung des Aufwandes und eine Steigerung auf der Einnahmenseite bewirken, so dass die Spitex mit dem Betrag von CHF 1'450'000 leben könnte (Zitat Titus Natsch, Geschäftsführer der Spitex). Ich bitte auf die Vorlage einzutreten und den neuen Finanzvertrag, wie vom Gemeinderat vorgeschlagen, zu genehmigen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung.

Andreas Seiler: Eine grosse Mehrheit der Fraktion FDP-Mitte ist für Eintreten. Dem Geschäft wird, so wie es der Gemeinderat in den Einwohnerrat eingebracht hat, zugestimmt.

Andreas Moldovanyi: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und stimmt dem Vertrag zu.

Philipp Doppler: Die SVP-Fraktion sieht den finanziellen Bedarf der Spitex und ist für Eintreten.

Direktberatung

Andrea Klein: Ich bin froh, dass GR Max Hippenmeyer im Eingang erwähnt hat, dass der Finanzbedarf der Spitex ursprünglich nicht bei CHF 1,45 Mio. sondern bei CHF 1,5 Mio. gelegen hat. Im Vorfeld haben die meisten Ratsmitglieder von mir eine E-Mail erhalten. Es ist legitim, dass sich Organisationen an Volksvertreter wenden, wenn sie sich von uns Unterstützung wünschen. Der Präsident der Spitex ist, wie bekannt ist, mit mir verwandt. Wird ihm deswegen das Recht abgesprochen? Hätte er sich an einen anderen Vertreter im Rat wenden sollen? Oder an eine andere Partei? Hätte es das besser gemacht? Genau um den Verwandtschaftsgrad zu neutralisieren, habe ich den Geschäftsführer der Spitex schriftlich um ein Gespräch gebeten, obwohl man mich vorher aufgefordert hat, ihm anzurufen. Ohne Kontaktaufnahme seinerseits hätte ich jetzt gar nichts gesagt. Das Telefon hat dann stattgefunden und man hat sich ausgetauscht.

Leider musste ich erkennen, dass die geführten Gespräche nicht, wie uns das hier vorgegeben wird, einvernehmlich gelaufen sind, sondern dass die Spitex die Faust im Sack gemacht hat. Deshalb habe ich den Ratsmitgliedern im Anschluss an das Telefongespräch Zusatzinformationen per E-Mail zugestellt. Warum habe ich das gemacht? Beim Gemeinderat ist das Versprechen untergegangen, in der Vorlage schriftlich zu erwähnen, dass der Finanzvertrag nicht den Vorstellungen der Spitex entspricht und die Spitex mit dem Ergebnis nicht ganz glücklich ist. Das Mail war die einzige Möglichkeit dafür zu sorgen, dass die Ratsmitglieder in den Fraktionssitzungen das Geschäft beidseitig diskutieren können. Ob nun CHF 1,45 Mio. oder CHF 1,5 Mio.; um das Geld geht es am Ende gar nicht. Sollte nämlich die Spitex den Finanzvertrag überziehen, zahlt die Gemeinde die Differenz sowieso. Um was es eigentlich geht, ist die Art und Weise wie mit der Spitex als Anbieter und Sozialpartner umgegangen wird und wie sie wahrgenommen wird. Sieht man sie eher als lästige, austauschbare Organisation, wo nur ums Geld gebettelt wird oder der Gemeinde auf der Tasche liegt. Ist man sich bewusst, dass es ein Sozialpartner für die Gemeinde ist, wo ein Alt werden in Würde ermöglichen soll? Will man sie kurz halten und nur um CHF 50'000 feilschen oder schenkt man ihr Vertrauen und eine gewisse Wertschätzung für die Umsetzung einer gemeinsamen Altersstrategie? Wenn man der Spitex das Geld zur Verfügung stellt, kann sie sich auf ihre Aufgaben konzentrieren. Aus diesem Grund möchte ich der Spitex durch meine Stimme die Chance geben, den Pauschalbeitrag auf CHF 1,5 Mio. festlegen zu lassen und empfehle dem Rat, das genauer anzuschauen.

Antrag Andrea Klein

GR Max Hippenmeyer: Dieser Antrag irritiert, weil - wie beim Eintreten erklärt - die Spitex mit dem Betrag von CHF 1'450'000 einverstanden war. Das hat Titus Natsch dem Gemeinderat anlässlich der Anhörung vom 3. November 2015 bestätigt. Ich frage mich, Andrea Klein, von welchen Versprechen geredet wird und von wo diese Informationen stammen. Du bist weder bei der Kommission, noch bei der Spitex oder irgendwo anders dabei gewesen. Der Antrag irritiert insbesondere, weil sich die Antragstellerin als Tochter des mit dem Ergebnis unzufriedenen Spitex-Präsidenten in ihrem Mail vom 13. November an die meisten Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte nicht ganz an die Wahrheit gehalten hat. 1. Hat sich Titus Natsch nicht an Andrea Klein gewandt mit einem Ersuchen um Erhöhung, sondern Andrea Klein hat umgekehrt bei Titus Natsch Informationen eingeholt. 2. Sind die Verhandlungen zwischen der Spitex und dem Gemeinderat nicht völlig entgleist. Vielmehr wurden der Geschäftsführer und der Präsident eingeladen, ihre Argumente anlässlich einer Gemeinderatssitzung zu erläutern. Dazu wurde vorgängig ein schriftlicher Fragenkatalog zu den seit August offenen Posten, wie Raummiete und Preisanpassung, an die Spitex geschickt. 3. Haben diese Gespräche nicht in einer bazarähnlichen Umgebung stattgefunden, denn man hat sich schon im August auf den Betrag von 1'450'000 geeinigt. Von einem prinzipiellen Drücken der Leistungen zu sprechen ohne angemessene Argumente ist schlicht falsch. Richtig ist hingegen, dass der Spitex-Vorstand dem Gesamtgemeinderat keine Antwort auf die offenen Fragen liefern konnte, weil seit August keine Sitzung gefunden hat. Meiner Ansicht nach, muss eine 7 %-Steigerung der Lohnkosten zwingend auch eine moderate Preisanpassung zur Folge haben. Im Übrigen sind Raumkosten im Neubau Vierfeld von CHF 232/m² nicht marktkonform. Der Gemeinderat erwartet von ihren Subventionsbezüglern einen sorgfältigen und sparsamen Umgang mit den Subventionen, denn schliesslich handelt es sich dabei um unsere Steuergelder. Die Gemeindekasse ist nicht dazu da, einfach entstehende Löcher zu stopfen, ohne dass alles Mögliche unternommen worden ist, das Loch so klein wie möglich zu halten. Wir haben der Spitex Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Situation auf der Ausgaben- wie auch auf der Einnahmenseite verbessert werden kann. Diesbezüglich ist noch keine Rückmeldung eingetroffen. Niemand kann ernsthaft behaupten, die Gemeinde lasse die Spitex hängen. Ich verweise auf das mit grosszügigen Konditionen ausgestattete Darlehen von CHF 1,8 Mio. zur Ausfinanzierung der Deckungslücke der Pensionskasse. Ausserdem haben wir die Beiträge an den Betriebsverein Spitex seit 2012 von CHF 980'000 auf jetzt CHF 1'450'000 erhöht, was immerhin einer Steigerung von 48 % entspricht. Wir anerkennen und schätzen die Leistungen der Spitex. Aber ich erinnere gleichzeitig daran, dass die Spitex ein von der Gemeinde

unabhängiges Unternehmen ist, das Leistungen im Auftrag der Gemeinde erbringt und keine Monopolstellung beanspruchen kann. Im Gegenteil, sie muss sich immer mehr in einem aufstrebenden Markt behaupten. Mittlerweile gibt es auf diesem Gebiet mehrere Anbieter und die Frage einer öffentlichen Ausschreibung von Spitexleistungen, wie sie Basel-Stadt vorsieht, steht durchaus auch bei uns im Raum. Denn oberstes Gebot muss doch sein, unsere Steuergelder sorgsam und effizient einzusetzen. Es ist nicht einzusehen, wieso wir den Fehlbetrag in der Laufenden Rechnung ohne Not um CHF 50'000 erhöhen sollen. Immerhin hat die Spitex in den vergangenen Jahren mit einer Ausnahme einen Gewinn erwirtschaftet und weist per Ende 2014 ein Eigenkapital von CHF 210'000 aus. Deshalb bitte ich den Antrag von Andrea Klein abzulehnen, umso mehr der Geschäftsführers der Spitex vor dem Gemeinderat erklärt hat, mit den vorgeschlagenen CHF 1'450'000 leben zu können.

Andrea Klein: Ich weiss nicht, wie du behaupten kannst, dass ich mit Titus Natsch zuerst telefoniert habe; das entspricht schlicht und einfach nicht der Wahrheit. Ich habe es erklärt, dass ich mich schriftlich bei Titus Natsch gemeldet habe mit der Bitte um ein Gespräch. Denn wenn mich jemand angeht, ob es mein Vater ist oder sonst jemand, muss ich mich nicht im Rat damit profilieren. Es geht schlicht und einfach darum, dass ich Informationen verifizieren und legimentieren möchte. Wenn mich Titus Natsch nach zwei Tagen nicht angerufen hätte, würde ich nicht hier stehen. Was hat die Spitex überhaupt für eine Alternative, wenn man im Gemeinderat sagt, dass man weniger bekommt? Schlussendlich muss man in der Spitex fressen, was einem gegeben wird. Man kann gar nicht anders. Schlussendlich kann ich mir vorstellen, dass man innerhalb der Geschäftsleitung nach der Sitzung gemeint hat: Okay, wir nehmen die CHF 1,45 Mio., wenn wir das Budget überziehen, spielt das keine Rolle. Ist denn das gegenüber uns fair, die wir das Budget sprechen? Jetzt müssen wir damit rechnen, dass mit den CHF 1,45 Mio. nicht ausgekommen wird und wir nachzahlen müssen. Betreffend marktkonforme Raumkosten: Seit einem Jahr suche ich in Pratteln ein Standort für mein Unternehmen. Mir wird Fläche für CHF 260/m² in einem Busparking angeboten, welches von aussen hin weiss nicht wie schäbig aussieht. Wenn man einen Standort für CHF 180/m² findet, hat man Glück gehabt; aber weiss Gott wo sich dieser befindet. Warum hat man wahrscheinlich CHF 1,45 Mio. akzeptiert? Die Spitex hat wirklich kein Ergebnis gehabt, ob die CHF 230/m² genügen oder nicht. Warum? Sie haben von der Verwaltung nicht Bescheid bekommen. Dafür kann die Spitex nichts. Ich finde es schade, dass man ein Versprechen abnimmt, dem Einwohnerrat jedoch Informationen vorenthält. Noch zum Schluss: Wenn ich als Unternehmer nur für 1,5 Monate Löhne zahlen könnte, dann hätte ich ein Problem und ich bin wirtschaftlich orientiert, aber hier reden wir von einer gemeinnützigen Organisation.

Mauro Pavan: Andrea Klein, du hast Recht, wir reden von einer gemeinnützigen Organisation, die gute Arbeit leistet und hinter die wir voll und ganz stehen. Trotzdem bitte ich den Rat, den Antrag abzulehnen. Das wichtigste Argument lieferst du gleich selber: Auf das Geld kommt es eigentlich nicht an, denn selbstverständlich muss die Gemeinde nachzahlen. Genau das ist im Finanzvertrag geregelt, dass bei einem Liquiditätsengpass die Gemeinde einspringt und kurzfristig und unkompliziert ein zinsloses Darlehen gewährt. Auch wenn wir jetzt sagen würden, dass wir CHF 1,5 Mio. festlegen und dies genügen solle, es aber vielleicht doch nicht genügt, dann greift das eben trotzdem, denn wir sind auf die Leistungen angewiesen und brauchen die Spitex. Das Feilschen wird jetzt von dir veranstaltet.

Philippe Doppler: Es steht Aussage gegen Aussage und man weiss nicht, was man glauben oder davon halten soll. Im Endeffekt spielt es keine Rolle. Mir persönlich geht es darum, dass wir einen Finanzvertrag schon vor zwei Jahren im Einwohnerrat behandelt haben und jetzt schon wieder. Ich möchte den Finanzvertrag in einem Jahr nicht wieder behandeln. Mit dem Finanzvertrag von CHF 1,45 Mio. kann die SVP-Fraktion leben.

Abstimmung über den Antrag von Andrea Klein

://: Der Rat lehnt den Antrag mit 26 Nein bei 3 Ja und 9 Enthaltungen ab.

Beschluss

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 3 Enthaltungen:

://: Der bestehende Finanzvertrag (2014) wird um 1 Jahr bis zum 31. Dezember 2016 verlängert mit der Option einer automatischen Verlängerung. Der jährliche Pauschalbeitrag wird auf neu CHF 1'450'000 festgelegt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 28. Dezember 2015.

Frage 1

„Baumfällungen im Jörin-Park“

Roger Schneider, Fraktion Unabhängige Pratteln)

GR Stefan Löw: Frage 1: *Um welche Bäume handelt es sich genau (Anzahl, Art, Standort)?* Es handelt sich um die Sommerlinde neben dem Restaurant „Zum Park“ und um den Mammutbaum zwischen der Joerin Scheune und dem Restaurant.

Frage 2: *Welchen kulturhistorischen und ökologischen Wert besitzen sie?* Die Linde ist zurzeit wahrscheinlich der älteste Baum im Park und etwa 130 Jahre alt. Er wurde zur Hochzeit des damaligen Besitzers gepflanzt. Viele Vögel und Kleintiere finden hier ein zu Hause, somit ist der kulturhistorische und ökologische Wert sicher sehr hoch einzuschätzen. Der Mammutbaum hingegen ist für sein zu erwartendes Alter noch ein Säugling. Vor etwa 30 Jahren wurde er vom damaligen Gärtnerchef Paul Gass gesetzt. In keiner Bilddokumentation ist in diesem Bereich ein Baum zu finden. Damals war es modern, diese Urform unserer Nadelbäume zu setzen. In der letzten Eiszeit war er noch heimisch bei uns, heute würde man ihn eher als Exot bezeichnen. Es gibt nicht viele Tiere die sich darauf ansiedeln. Somit ist weder ein kulturhistorischer, noch ein ökologischer Wert vorhanden. **Frage 3:** *Was wurde bisher unternommen, um sie zu erhalten?* Im Juni 2014 wurden die Pilzfruchtkörper vom flachen Lackporling das erste Mal durch unseren Baumpfleger Pascal Künzel (Baumpartner) bei einer Routine Kontrolle entdeckt. Bei der ersten Begutachtung durch Frau Joos (Baumbegutachterin, Holz Labor) waren diese noch nicht sehr ausgeprägt. Am 15. September 2014 kam sie ein zweites Mal um eine Holzkörper Resonanzmessung zu machen und erschrak über das schnelle Voranschreiten der Krankheit. Da der Pilz hauptsächlich am Kronenansatz vorhanden ist, ist das sichern und weitere erhalten des Baumes nicht möglich. Zurzeit halten nur noch die alten Baumchirurgischen Metallstangen den Baum zusammen. Das Holz an sich weisst keinerlei statische Grundlage mehr auf. Durch den beengten Raum rund um den Mammutbaum ist das seitliche einkürzen und kappen der Krone zur jährlichen Pflicht geworden. Dies löst erheblichen Stress beim Baum aus. Durch die Enge zwischen der Strasse und der Linde ist der Entfaltungsspielraum sehr eingeschränkt und darum ist dies nicht der ideale Standort. **Frage 4:** *Welche sind die genauen Gründe, welche zum Fällentscheid geführt haben? Wer hat diesen Entscheid getroffen?* Das grosse Sicherheitsrisiko das von der Linde ausgeht ist der Hauptgrund für diesen Entscheid des Gemeinderates. Bei der Entscheidung involviert waren: Brigitte Frei-Heitz (Denkmalpflegerin Kanton Basellandschaft), Dr. Katrin Joos Reimer (Baumbegutachterin, Holz Labor), Pascal Künzel (Baumpfleger, Baumpartner AG), Stefan Löw (Gemeinderat), Dieter Härdi (Abteilungsleiter Bau), Annika Berger Müller (Teamleiterin Gärtnerei) und der Gemeinderat, der dies geprüft hat. **Frage 5:** *Wurden Alternativen geprüft? Wenn ja, welche?* Es wurde schon

am Anfang die Frage gestellt, ob die Linde irgendwie erhalten werden kann. Nach dem Gutachten war aber schnell klar, dass dies nicht möglich ist. Würde die Krone so eingekürzt, dass die Äste sie noch tragen könnten, wäre das Volumen zu halbieren. Dies würde zu extrem grossen Wunden führen, Stress auslösen und eine Wundheilung würde mehrere Jahre dauern. Der Pilz könnte noch schneller wachsen. Diese mit hohen Kosten verbundene Arbeit würde höchstens zu einer Verzögerung der Lebensdauer von 5 - 6 Jahren (Stand 2014) führen. Es wurden mehrere Varianten geprüft, die Linde zu fällen, wenn man den Mammutbaum stehen lassen will (Helikopter, Runterstückeln, Kranwagen...). Die Varianten sind kompliziert und Voraussetzung ist, dass man den Park schützen kann. **Frage 6:** *Was wäre nötig, um diese Bäume zu erhalten?* Die Linde ist nicht mehr zu erhalten. Der Mammutbaum könnte erhalten werden, allerdings gibt es Mehrkosten, wenn man die Linde fällt. Sinnvoll erscheint, dass im Sinne des Parkpflegewerkes eine mögliche Ersatzbepflanzung zusammen mit den Landschaftsarchitekten (Ersteller des Parkpflegewerkes) geprüft wird. Dies erfolgt in jedem Fall vor dem möglichen Fällen des Mammutbaumes. Die Fällung des Mammutbaumes ist vom Gemeinderat noch nicht beschlossen worden aber die Einwilligung dafür ist von Frau Frei bereits vorhanden.

Roger Schneider: Ist der Betrag von CHF 17'000 nur für die Fällung des einen Baumes gedacht? Das kann ich nicht ganz glauben, da dies sehr teuer wäre. Ist an dem Standort wo die Bäume jetzt sind bereits etwas geplant, wenn ja wie sieht das im Details aus?

GR Stefan Löw: Der Betrag ist für die Fällung beider Bäume gerechnet. Im Anschluss wird geprüft, wie man den ganzen Raum gestalten möchte. Am jetzigen Standort so nahe am Gebäude, kann ich mir nicht vorstellen, dass so ein sehr grosser Baum gesetzt wird. Das Gebäude selber weist auch Schäden auf. Das muss man auch anschauen. Jetzt aber muss aus Sicherheitsgründe die Linde gefällt werden.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 2

„Diesel- anstatt Elektrofahrzeug“ (Erich Schwob, SVP-Fraktion)

GR Stefan Löw: Die Fragen werde ich alle zusammen beantworten. **Fragen:** *Weshalb wurde ein Dieselfahrzeug anstelle eines Elektrofahrzeuges beschafft, obwohl heute für diese Tätigkeit Elektrofahrzeuge Stand der Technik sind? Wie hoch sind die Beschaffungskosten für das Elektrofahrzeug und wie hoch sind die geschätzten Betriebskosten inkl. Reparatur und Unterhaltskosten? Wie hoch sind die Beschaffungskosten für das Dieselfahrzeug und wie hoch sind die geschätzten Betriebskosten inkl. Reparatur und Unterhaltskosten? Wie verhält sich ein Dieselfahrzeug anstelle eines Elektrofahrzeuges zum Energiestadtlabel? Der Gemeinderat hat kein Dieselfahrzeug sondern ein benzinbetriebenes Fahrzeug angeschafft. Man hat sich hauptsächlich wegen den teuren Anschaffungskosten eines Elektrofahrzeuges für ein werkhoftaugliches Fahrzeug mit Benzinantrieb (Euro 5) entschieden. Die Anschaffungskosten für ein Elektrofahrzeug belaufen sich auf rund CHF 120'000 - 130'000. Das Fahrzeug mit Benzinantrieb, kostet weniger als die Hälfte (rund CHF 55'000). Zum Unterhalt ist zu erwähnen, dass auch die Batterien im Elektrofahrzeug ca. alle 6 Jahre (ca. 1'500 Ladezyklen) vollständig ausgewechselt werden müssen. Damit sind Kosten von ca. CHF 7'000 verbunden. Der Unterhalt eines Elektrofahrzeuges dürfte damit nicht wesentlich günstiger ausfallen als bei einem Benzinern. Bezüglich des Energiestadtlabels ist zu erwähnen, dass das benzinangetriebene Fahrzeug die Euro Norm 5 erfüllt. Die Gemeinde trifft im Rahmen der Energiestadt gezielt zahlreiche Massnahmen, die auch bezüglich Kosten / Nutzen verhältnismässig und sinnvoll sind. Der Gemeinderat hat sich aufgrund dieses Verhältnismässigkeitsprinzipes für den Benzinern entschieden.*

Erich Schwob: Der Gemeinderat hat seine Aufgaben gemacht und richtig recherchiert. Ein paar Sachen möchte ich noch ergänzen. Das letzte Fahrzeug die diese Arbeit macht ist 13 Jahr alt. In den letzten 10 Jahren hat es CHF 80'000 an Reparaturen gekostet und für CHF 10'000 Benzin pro Jahr verbraucht, da es nie richtig warm wird und immer wieder an- und abgestellt wird. Wenn ich alleine diese Kosten nehme, wurde hier nicht richtig recherchiert. Das alte Fahrzeug ist mehr als 30 Jahre in Betrieb und fährt noch immer für den Zolli Basel. Das neu gekaufte Fahrzeug kostet CHF 68'000, budgetiert wurden CHF 130'000. Was passiert mit den übrig gebliebenen CHF 62'000? Hat der Gemeinderat oder die Bauverwaltung darüber entschieden, dass dieses Fahrzeug gekauft wird?

GR Stefan Löw: Das Geld das übrig geblieben ist, wird einfach nicht ausgegeben. Man hat sich für ein Ersatzfahrzeug entschieden, dass den Zweck mit einem Benzinmotor und neuer Technik erfüllt, dass sich in den letzten Jahren einiges verändert hat. Die Anschaffung wurde sogar in zwei Sitzungen im Gemeinderat behandelt und vom Gemeinderat entschieden.

Die Frage ist beantwortet.

Frage 3

„Änderung der Signalisation in der Mayenfelserstrasse“

(Thomas Sollberger, Fraktion FDP-Mitte)

GR Ruedi Brassel: Frage 1: *Wer hat diese Massnahme veranlasst?* Diese Massnahmen wurde vom Gemeinderat veranlasst und im Amtsanzeiger publiziert. Gegen diese Massnahmen sind keine Einwände eingegangen. Frage 2: *Sind in den vergangenen Jahren Unfälle mit Personenschaden in diesem Strassenabschnitt geschehen welche diese Massnahme rechtfertigen würde, oder sind andere Gründe dafür verantwortlich?* Es hat immer wieder kritische Situationen gegeben. Es ist eng und man hat ein Platzproblem, wenn zwei Lastwagen kreuzen müssen. Es hat vor mehreren Jahren einen tödlichen Unfall im Bereich Mayenfelserstrasse / Johann Martin-Strasse gegeben.

Frage 3: *Wurden die Anwohnerinnen und Anwohner zu dieser Massnahme befragt, bzw. vorgängig informiert?* Neben der offiziellen Publikation wurde versucht alle Anwohner und Anwohnerinnen persönlich zu kontaktieren. So weit ich informiert bin, hat man alle bis auf zwei persönlich erreicht, denjenigen jedoch eine Mitteilung hinterlassen.

Frage 4: *Sind von den Anwohnerinnen und Anwohnern Reaktionen eingegangen?* Ja. Die Rückmeldungen waren in der Regel positiv bis neutral. Es gab eine kritische, negative Rückmeldung, da in ein bestehendes Parkfeld nicht mehr vorwärts eingefahren werden kann. Somit ist besagter Fahrweg jetzt ein anderer; es muss zuerst vorwärts und dann rückwärts in das Parkfeld gefahren werden. Die Situation gibt es auch in anderen Einbahnstrassen. An das kann man sich wirklich gewöhnen.

Die Frage ist beantwortet.

Dominique Häring: Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates ist es nicht gestattet im Ratsbetrieb Ton- und Bildaufnahmen zu machen und zu veröffentlichen. Diejenigen, die das während dem Ratsbetrieb gemacht haben, sollen das sofort entfernen, ansonsten ich weitere Massnahmen diesbezüglich generieren werde.

Geschäfte 2954, 2967 und 2966 nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22.05 Uhr beendet.

Pratteln, 8. Dezember 2015

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Die Präsidentin

Das Einwohnerratssekretariat

Dominique Häring

Katarina Hammann